

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Mussolini und das Ausland.

Nach der Vorkriegslieferung die Freundschaftstöne.

Paris, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) In einem langen Interview, das Mussolini dem Vertreter des „Matin“ gewährt hat, hat der italienische Diktator plötzlich seine bisher alles andere denn freundschaftliche Haltung gegenüber Frankreich geändert. Das Interview strotzt von Anfang bis Ende von Freundschafts- und Sympathieerklärungen des italienischen Diktators an die Adresse der französischen Republik. Die Zwischenfälle der letzten Wochen bedauern Mussolini, wie er versichert, außerordentlich und erklärt, er habe Maßregeln von „unerhörter Strenge“ ergriffen, um ihrer Wiederkehr vorzubeugen. Er könne die Garantie übernehmen, daß sie sich nicht wiederholen werden.

Freundschaftstöne auch gegenüber Jugoslawien.

Belgrad, 16. November. (W.T.B.) Der italienische Gesandte Bodrero äußerte sich über die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien: Die Beziehungen zwischen beiden Regierungen sind die besten. Wie bei allen Staaten mit gemeinsamen Grenzen sind Differenzen, wie in den letzten Tagen, unvermeidlich. Solche Differenzen werden aber im Sinne einer vollständigen Uebereinstimmung beigelegt. Ich kann versichern, das Ziel der Politik Mussolinis auf dem Balkan ist der Friede, da die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur des Balkans, sondern überhaupt durch friedliche Verhandlungen gesichert wird. Die Instruktionen unserer Regierung selbst zielen alle der Erhaltung des Friedens und der Ruhe. (1) Die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder sind die besten.

Salgenlustspiele der Faschisten.

Aus Chiasso wird uns berichtet:

Die ganze Bestialität der Faschistengefimmung zeigen die symbolischen Schaustellungen an den Galgen in zahlreichen Orten. Gegenstand einer solch unmenslichen Schaustellung ist z. B. der frühere Abgeordnete Cavazzoni von der katholischen Volkspartei in Bergamo gewesen. Aus seiner Wohnung hervorgeholt, wurde er unter dauernden Schlägen und Bespülungen aus der Stadt ins freie Gelände hinausgetrieben, wo ein großer Galgen errichtet worden war. Man legte ihm einen Strick um den Hals, ließ ihn das Brett besetzen und drohte eine ganze Zeit lang, ihn den Todesstoß zu verleißen, während das faschistische Volk um den Galgen herum einen wilden Tanz aufführte. Bevor er freigelassen wurde, schlug man ihn noch blutig. Cavazzoni liegt jetzt in bedenklichem Zustande danieder!

Die uneinige Mitte.

Volkspartei gegen Zentrum.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlicht einen Aufsatz, der sich noch einmal mit den letzten Vorgängen im Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigt und mit bemerkenswerter Schärfe gegen das Zentrum Stellung nimmt. Dieses hatte sich bekanntlich dagegen erklärt, daß durch einen Nachtragsetat neue Stellen im Reichsverkehrsministerium geschaffen werden sollen und hatte die Vertagung dieser Angelegenheit bis zur Verabschiedung des Haushalts für 1927 erzwungen. Das volksparteiliche Organ erklärt, daß das Zentrum für diese Schlappheit der Regierung die Verantwortung trage und erwartet mit Spannung die Stellungnahme derselben Partei zu den Forderungen, die das Reichsarbeitsministerium (Dr. Brauns) in derselben Richtung, wie das Verkehrsministerium erhebt. Daran werden dann folgende zugehörige Bemerkungen geknüpft:

Nach preussischem Muster scheint überhaupt das Zentrum seine Mitarbeit in der Regierung nicht ohne Erfolg zur Besetzung wichtiger Stellen mit Parteianhängern zu verwenden. In dieser Beziehung ist z. B. die Stellenbesetzung in der Reichskanzlei, soweit die höheren Beamten in Frage kommen, besonders bemerkenswert. Wir denken natürlich nicht daran, uns irgendwie gegen berechtigte Ansprüche des katholischen Volksteils zu wenden; aber es erscheint uns doch angebracht, daß auch von den übrigen Parteien der Frage der Stellenbesetzung eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt wird.

Derartige Auseinandersetzungen, in voller Öffentlichkeit geführt, lassen nicht darauf schließen, daß es zwischen den Parteien der Mitte ganz wie unter Brüdern zugeht.

„Der Graf hat es befohlen!“

Der deutschnationale Abg. Dr. Haedenkamp sendet der „Nationalliberale Korrespondenz“ eine Berichtigung, in der er es für falsch erklärt, daß er erst durch den Ruf Lambachs „Der Graf hat es befohlen“ dazu veranlaßt worden sei, im Sozialpolitischen Ausschuß für den kommunistischen Antrag zu stimmen. Er will diesen Ruf überhaupt nicht gehört haben, bestreitet aber nicht, daß er gefallen ist.

Die Koalitionsfrage in Belgien.

Die Sozialisten stellen neue Forderungen.

Brüssel, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Mit dem Rücktritt Francpouis wird die Frage der Drei-Parteienregierung wieder zur Diskussion gestellt, da diese eigentlich nur die Finanzsanierung zur Aufgabe hatte. Insbesondere handelt es sich um die Frage der weiteren Beteiligung der Sozialisten an der Regierung. Der sozialdemokratische Parteivorstand tritt am Dien-

stag zusammen und wird dabei vermutlich ein Programm neuer Forderungen, namentlich auf sozialem und Steuergebiet entwerfen, dessen Annahme die Partei zur Bedingung für ihr weiteres Verbleiben in der Regierung machen wird. Dieses Programm wird dann zunächst dem Generalkrat der Partei, eventuell einem außerordentlichen Parteitag unterbreitet werden. In der Partei herrscht die Ansicht vor, daß die Sozialisten jedenfalls noch einige Monate in der Regierung bleiben dürften.

In Treviso wurden die Brüder Konfint mit dem Strick um den Hals unter einem Hagel von Stock- und Peitschenhieben, Befüdelungen und Beschimpfungen um die Stadt herum an das Stadttor geführt, wo ein Galgen errichtet war. Auch hier dasselbe Schauspiel: die Komödie des Hängens, der Tanz um die Richtstätte und schließlich die Verprügelung, so daß die beiden Opfer mehr tot als lebendig am Plakz blieben. In Vittorio Veneto wurden mitten in der Nacht etwa dreißig Republikaner aus ihren Wohnungen herausgeholt und mußten auf der Straße die ganze Nacht hindurch vor dem faschistischen Geinidel Spieghruten laufen.

Die Faschisten in Como können das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, eine neue Scheußlichkeit erlunden zu haben: Sie bemalten ihren Gegnern das Gesicht mit dreierlei Farben. Dies Abenteuer widerfuhr u. a. auch verschiedenen Fabrikanten und dem in der ganzen Gegend allgemein geschätzten und bekannten Industriellen Rosasco. Er hatte sich des schweren Verbrechens schuldig gemacht, mit der Vorherrschaft der Arbeiter, die in Como den Faschismus repräsentieren, nicht ganz einverstanden zu sein. Fügen wir hinzu, daß in Como die Brüggeleien und Zerstörungen überaus zahlreich gewesen sind. Am eigenen Leibe verspürten das u. a. die früheren sozialistischen Abgeordneten Beltrami-Frontini und Roseda sowie der Geistliche Don Primo Rogano, der mit Stockschlägen bearbeitet und sodann gemeinsam mit dem früheren Bürgermeister Rulli und allen nichtfaschistischen Rechtsanwälten Comos ins Gefängnis gesteckt wurde.

In Mailand wurde von dem Blündergefindel die Zerstörung der Villa des bekannten Finanzmannes Giuseppe Toepfl, des Verwaltungsrats der Banca Commerciale, versucht. Die Mailänder Chronik der faschistischen Schreckensherrschaft hat noch nicht ihr Ende gefunden. Jeder Tag bringt neue Ausschreitungen und neue Leiden. Der Fascho hatte offensichtlich eine Liste der reformistischen und maximalistischen Sozialisten der Stadt bei der Hand, und es scheint, als ob auch keiner verschont worden ist. Unter den Verurteilten befindet sich auch der sozialistische Abgeordnete Ventini. Das Bureau des früheren Bürgermeisters von Mailand, des sozialistischen Abgeordneten Caldara, ist völlig und systematisch zerstört worden.

In Turin richtete sich die faschistische Zerstörungswut hauptsächlich gegen die Bureau der Rechtsanwältin. Das Ziel dieses Vorgehens wird einleuchtend, wenn man erfährt, daß dabei sämtliche Strafakten usw. vernichtet wurden, was für die einen ein ebenso großer Schaden wie für die anderen ein Vorteil gewesen ist.

Aus Rom kommt die Nachricht, daß dort die Wohnung des früheren italienischen Außenministers, des Senators Graf Sforza, demoliert worden ist. Dieser Zerstörung fielen u. a. auch äußerst wertvolle antike Möbel und Preziosen zum Opfer.

Das Organ Bisubstis, „Glos Prawdy“, wiederum schreibt die Schuld der Niederlage der fünfjährigen Wirtschaft des früheren Systems zu, dessen entscheidender Vertreter Korfantsy war. Das Ergebnis des Heidenmuts der Aufständischen und der blutigen Aufopferungen des arbeitenden Volkes Oberschlesiens ist, sagt das Blatt, in bedeutendem Maße veranlassen worden.

Das sozialdemokratische Blatt widerspricht der Version, daß die größere Anzahl polnischer Listen den deutschen Sieg verschuldet hätte, und nennt als wahre Gründe der polnischen Niederlage: die Korruptionspolitik Korfantsys und die kapitalistische Einstellung aller bisherigen polnischen Regierungen, die das wertvollste und opferfreudigste Element Schlesiens, die Arbeiterschaft, dem polnischen Staate entfremdet hätten.

Das sozialdemokratische Blatt widerspricht der Version, daß die größere Anzahl polnischer Listen den deutschen Sieg verschuldet hätte, und nennt als wahre Gründe der polnischen Niederlage: die Korruptionspolitik Korfantsys und die kapitalistische Einstellung aller bisherigen polnischen Regierungen, die das wertvollste und opferfreudigste Element Schlesiens, die Arbeiterschaft, dem polnischen Staate entfremdet hätten.

Das sozialdemokratische Blatt widerspricht der Version, daß die größere Anzahl polnischer Listen den deutschen Sieg verschuldet hätte, und nennt als wahre Gründe der polnischen Niederlage: die Korruptionspolitik Korfantsys und die kapitalistische Einstellung aller bisherigen polnischen Regierungen, die das wertvollste und opferfreudigste Element Schlesiens, die Arbeiterschaft, dem polnischen Staate entfremdet hätten.

Das sozialdemokratische Blatt widerspricht der Version, daß die größere Anzahl polnischer Listen den deutschen Sieg verschuldet hätte, und nennt als wahre Gründe der polnischen Niederlage: die Korruptionspolitik Korfantsys und die kapitalistische Einstellung aller bisherigen polnischen Regierungen, die das wertvollste und opferfreudigste Element Schlesiens, die Arbeiterschaft, dem polnischen Staate entfremdet hätten.

Das sozialdemokratische Blatt widerspricht der Version, daß die größere Anzahl polnischer Listen den deutschen Sieg verschuldet hätte, und nennt als wahre Gründe der polnischen Niederlage: die Korruptionspolitik Korfantsys und die kapitalistische Einstellung aller bisherigen polnischen Regierungen, die das wertvollste und opferfreudigste Element Schlesiens, die Arbeiterschaft, dem polnischen Staate entfremdet hätten.

Parlamentsauflösung in Ungarn.

Zusammentritt des neuen Parlaments im Januar.

Budapest, 16. November. (W.T.B.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Handschreiben des Reichsoberwesers verlesen, durch welches die Beratungen der seit dem 16. Juni 1922 tagenden Nationalversammlung für beendet erklärt wurden. Die Nationalversammlung ist damit aufgelöst. Da die Nationalversammlung, so heißt es in dem Schreiben, im „Geiste der angestammten Verfassung“ durch die Schöpfung des Gesetzes über das Oberhaus das Zweikammersystem wieder eingeführt hat, werden beide Häuser des neuen Reichstages auf den 25. Januar 1927 nach Budapest einberufen.

Sowjetrußlands Asienpolitik.

Das Erbe des Zaren-Imperialismus.

Von Dr. Artashes Abeghian.

Die politischen Vorgänge im Orient sind höchst symptomatisch für die zu erwartende außenpolitische Entwicklung in Asien. In Verbindung damit steht auch die Odesaer Zusammenkunft Tschitscherins mit dem türkischen Außenminister Tewfik Rüdchdi Bei, in Begleitung Sedia Beis, des Moskauer Gesandten der Angoro-Regierung. Von größerer allgemeiner Tragweite ist die Konferenz sowjetrußischer und asiatischer Diplomaten in Angora. Daran nehmen teil: Surih, der Sowjetgesandte in Angora, Dr. Sze, chinesischer Gesandter in Washington, Timurtaş Khan, früher persischer Hofminister, ferner der afghanische Gesandte in Angora und der türkische Gesandte in Kabul; auch Premierminister İmet Pascha ist aktiv beteiligt. Führende Rolle bei all diesen Angelegenheiten spielt Surih, früher sowjetrußischer Gesandter in Kabul. Die Odesaer Zusammenkunft erinnert in vielem an diejenige des russischen und türkischen Außenministers in Paris am 17. Dezember 1925, bei der das vielbesprochene türkisch-russische Garantie- und Neutralitätsabkommen unterzeichnet wurde.

Den Verhandlungen in Odesa und Angora werden zweifelsohne bald neue Abkommen folgen. Die russisch-asiatischen Beziehungen und besonders die zwischen Moskau und Angora treten hiermit in eine neue Phase. Es ist nämlich kein Geheimnis mehr, daß Moskau einen asiatischen Bülterbund plant, dem jedoch ein östliches Locarno vorangehen soll, gedacht als Gegengewicht des westlichen Locarno und des Genfer Bülterbundes. Erst vor kurzem schrieb die Moskauer offiziöse „Iswestija“: „Der Genfer Bund will die Bülter des Ostens in Streit bringen und dadurch ihre gemeinsame Front gegen den Imperialismus schwächen.“ In einem anderen Artikel bezeichnet dasselbe Blatt den Bülterbund als den der großen Mächte, dem, als einem „Werkzeuge nicht des Friedens, sondern gerade des Engegengesetzten“ die imperialistische Natur eigen sei. Dabei unterläßt das Kremlokan selbstverständlich, vom eigenen Imperialismus, dem wahren Erben des zaristischen, ein Wort zu sprechen.

Schon von Anfang an hat die Sowjetmacht die alte zaristische Parole der Orientpolitik: „Rußlands Zukunft liegt in Asien“ sich zur Richtschnur gemacht. Tschitscherin selbst stammt ja auch aus der altrussischen Diplomatenfamilie. Wenn auch unter anderem Namen und mit neueren Methoden, so ist doch der russische Expansionsdrang nach dem Osten heute nicht weniger mächtig als vor Jahrzehnten. Wie die Vertreter des Zaren fühlten sich heute auch bolschewistische Statthalter und Beamte im Kaukasus und in Transkaspien, in China und Buchara, in Sibirien und Zentralasien, ja in der Mongolei und der Mandchurei wie zu Hause. Weiter stehen sie hoffnungsvoll auch an den Grenzen Ughanistans, Persiens und Chinas. Daß nun der bolschewistische Imperialismus bei seinem Vordringen in Asien mit demjenigen Englands aneinander gerät, ist logisch. Die sowjetrußische Außenpolitik hängt auch weiter mit dem durchaus asiatischen Wesen des russischen Kommunismus zusammen, den Karl Lautsky treffend als den „tatarischen Sozialismus“ bezeichnet hat. Nicht umsonst findet also die bolschewistische Außenpolitik gerade bei den monarchistischen Emigranten den größten Beifall! Auch die geistige Verwandtschaft der Bolschewisten mit den reaktionär-konfessionären Kreisen der sogenannten russischen Eurasier, die sich entschieden von Europa-Rußland loslagern und das Gesicht ganz nach Asien wenden, liegt auf der Hand. „Keines der Länder des europäischen Kontinents ist auch im entferntesten Maße wirtschaftlich, politisch und geistig mit Asien und dem ganzen Orient so tief verbunden wie das heutige Rußland“, sagt Pawlowitsch, einer der hervorragendsten Asienpolitiker des Bolschewismus, und er nennt das Sowjetreich Eurasia.

Die Anfänge der bolschewistischen Außenpolitik fallen in den Winter 1917/18. In dem ersten Manifest: „An die Völker des Orients“ verkündete Lenin diesen allen, auch denjenigen des russischen Orients, das „volle Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung vom Reich“. Der Bakuer Kongress im Sommer 1920 war der erste große Auftakt bolschewistisch-asiatischer Zusammengehens. Radek und Sinowjew verbrüdereten sich dort mit Enwer Pascha und anderen feudalistischen Machthabern Asiens, um es gemeinsam von dem „europäischen Joche“ zu befreien. 1921 folgten Freundschaftsverträge mit der Türkei, Persien und Afghanistan, und 1924 mit China. Es folgte der Pariser Vertrag 1925 und am 31. August 1926 das Garantie- und Neutralitätsabkommen mit Afghanistan; eines mit Persien steht bevor. In Angora wird jetzt eben ein sogenannter Dschenerag zwischen Sowjetrußland und den vier genannten asiatischen Staaten bearbeitet.

Die sowjetrußische Außenpolitik ist in der Tat manchen orientalischen Völkern zugute gekommen. Ohne die aktive Unterstützung Moskaus hätte zum Beispiel Kemal Pascha seine militärischen Siege in Kleinasien und seinen diplomatischen Erfolg in Lausanne ernten können. Sowjetrußland hat hierbei mit England, dem traditionellen Schützer der Erhaltung des türkischen Reiches, die Rolle getauscht. Selbstverständlich lassen sich die Bolschewisten dabei einzig und allein von eigenen Interessen leiten, ganz besonders in der

Frage der Bekämpfung des britischen Imperialismus auf asiatischem Boden. Auch Persien und Afghanistan sind Nutznießer der sowjetrussischen Außenpolitik geworden. Diese gab ihnen die Möglichkeit — immer von demselben Grundsatze des antibritischen Kampfes ausgehend —, ihre nationale Unabhängigkeit zu wahren und zu sichern. Die China politik Sowjetrusslands unterscheidet sich einigermaßen von derjenigen der Westmächte, wenn sie auch mit der Politik des alten Rußland vieles gemeinsam hat. Sowjetrußland behält z. B. bis heute in seiner Hand die chinesische Ostbahn und verwaltet sie gemeinsam mit Tschangolin als ein „Kondominium“. Die interdenitionistische Tätigkeit Karachans in Peking ist unvergessen. Weiter ist der Sowjetruße Borodin Generalsstabschef der Kantoner Armee. Noch bezeichnender ist das Verhalten Rostaus in der Mongolei, die eigentlich zu China gehört, aber schon heute zu einem russischen Vasallenland gemacht worden ist. China und Buchara, die zwar zur Vorkriegszeit Einflußsphären Rußlands und dessen Vasallenstaaten, aber immerhin formell unabhängige Staaten waren, sind dem Sowjetreiche einverleibt. Nicht einmal die alten Landesnamen sind mehr im Gebrauch. Sie sind nämlich, einschließlich der alten zentralasiatischen Provinz Turkestan, neuen administrativen Teilmengen unterzogen worden und heißen heute Usbekistan und Turkmenistan. Sie sind die Speicher der Baumwollenkultur Rußlands; als solche sind sie in Wirklichkeit dessen Kolonien in Zentralasien, und zwar die besten. Dasselbe Schicksal erwartet zweifellos auch die Mongolei. Ebenso ging es vor sechs Jahren den nationalen Republiken Transkaukasiens: Georgien, Armenien und Aserbeidschan. Man darf dabei nicht vergessen, daß sich in Transkaukasien auch die weltbekannte Naphthastadt Baku und der beste Exporthafen am Schwarzen Meere Batum befinden. In der Handelspolitik Sowjetrußlands gegenüber den asiatischen Staaten hat das Außenhandelsmonopol in gewissem Grade dem freien Handel Platz gemacht. Türkische, persische und andere Kaufleute exportieren nach Rußland ohne größere Einschränkungen. Was also die Westmächte vergebens in ihren Verhandlungen mit Rußland zu erreichen verlust haben, ist den Orientalen zuteil geworden. Das geschieht, um die asiatischen Völker zum Kampf gegen den europäischen Einfluß zu gewinnen. Aber auch rein wirtschaftliche Beweggründe spielen hier eine wichtige Rolle; die asiatischen Länder liefern ja, als vorwiegend agrarische Gebiete, der russischen Industrie Rohprodukte (Baumwolle, Wolle usw.), die Rußland sehr braucht. Andererseits stellen die Länder Asiens für die russische Industrie den Absatzmarkt dar, während das Verhältnis zu den Westmächten gerade entgegengesetzt ist.

Der Graf befiehlt Kotau. Westarps Entschuldigungsbrief.

Deutschnationale Blätter veröffentlichen freudestrahlend den Brief Westarps an die volksparteiliche Reichstagsfraktion, in dem der Graf den Kotau befiehlt. Dieses denkwürdige Schreiben an den Exminister Scholz hat folgenden Wortlaut:

Sehr verehrter Herr Minister!

Wie ich bereits Ihnen und den Herren Abgeordneten Zapp und Kempfers mündlich mitzuteilen mir erlaubte, war das Rundschreiben, in welchem die Empfehlung eines von dem Maler Frohne gefertigten Bildes zur Beschäftigung empfohlen wurde, lediglich für den vertraulichen Gebrauch der Mitglieder der Reichstagsfraktion bestimmt. Rundschreiben dieser Art werden vom Fraktionsbureau zu rein geschäftlichen Mitteilungen gewissermaßen als Ersatz eines schwarzen Brettes erlassen, und dienen nicht irgendwelchen politischen Zwecken. Die Empfehlung der Beschäftigung des Bildes ist ohne verantwortliche Durchsicht des ungedruckten Textes aufgenommen worden, weil es von einer für den Maler interessierten Person gewünscht worden war. Ich habe sofort, nachdem das ver-

trauliche Rundschreiben zu meiner Kenntnis gelangt war, die Aufnahme der Empfehlungen scharf mißbilligt und zwar nicht nur, weil Rundschreiben dieser Art für diese Empfehlungen nicht bestimmt sind, sondern vor allen Dingen wegen des Inhaltes und der Form der Empfehlung. Nachdem ich gestern durch die Presse von dem Bilde, dessen Maler zu der Partei übrigens in keinerlei Beziehung steht, Kenntnis erhalten habe, kann ich die Aufnahme der Empfehlung, obwohl sie an sich für die Öffentlichkeit nicht bestimmt war, nur um so lebhafter mißbilligen und bedauern. Gleichzeitig möchte ich nicht unterlassen, meine gestern mündlich gemachten Mitteilungen zu wiederholen, daß ich aus eigener Initiative die Unterredung erbeten hatte, weil mir daran lag, von unserer Seite jeden Anlaß zu derartigen Mißstimmungen persönlicher Art zu vermeiden. Ich habe nicht unterlassen, den Herrn Außenminister Dr. Stresemann von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

Um die Tuschführung zur Volkspartei nicht zu verlieren, muß Westarp in den sauren Apfel beißen und, indem er seinen Geschäftsführer Lambach abjuchelt, demütig um Vergebung bitten.

Uebrigens hat Dr. Stresemann das Bild noch nicht angekauft, trotzdem das deutschnationale Fraktionssekretariat durch sein Rundschreiben einen starken Druck nach dieser Richtung auf ihn auszuüben suchte. . .

Kommunistische Verlustliste.

Erschreckende Zunahme der Arbeiterverräter.

Mitteilung in der Berliner „Brawda“: Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz der Kommunistischen Partei hat beschlossen:

„Die Genossen Theo Kögler (14. Bezirk) Joto (17. Bezirk), Herbert Landsberger (5. Bezirk) und Paul Schmidt (7. Bezirk) werden wegen parteischädlichen Verhaltens, beharrlicher Nichtachtung von Parteibeschlüssen, Bruches der Parteidisziplin, fortgesetzter Verbindung mit Parteifeinden und Propaganda völlig unkommunistischer Auffassungen aus der Partei ausgeschlossen.“

Den Genossen Max Hesse (7. Bezirk), Erwin Wittig (5. Bezirk), Schumacher (5. Bezirk) wird wegen Nichtachtung von Parteibeschlüssen und Bruches der Parteidisziplin sowie wegen ihrer Weigerung, ihre fraktionelle Tätigkeit einzustellen, für ein Jahr die Fähigkeit zur Bekleidung verantwortlicher Parteifunktionen aberkannt. Soweit sie solche verantwortlichen Posten bekleiden, haben sie diese niederzulegen. Diese Maßnahme entbindet aber nicht von der Verpflichtung, die allgemeine Parteiarbeit zu leisten.

Ueber die Genossen Fritz Schimanski (14. Bezirk) und Artur Deutschmann (14. Bezirk) wird wegen ihrer fraktionellen Tätigkeit, Verbindung mit Parteifeinden und Verbreitung von parteifeindlichem Fraktionsmaterial die Delegiertent Konferenz des 14. Verwaltungsbezirks entsprechende Beschlüsse fassen. Die Bezirksleitung ist der Meinung, daß auch diese beiden Genossen sich in so schwerer Weise gegen die Parteieinheit vergangen haben, daß ein längere Entfernungen von ihren verantwortlichen Partefunktionen notwendig ist.

Außerdem wurden die Genossen Karl Borth, Erich Hinz, Willy Ulrich und Greisner, sämtlich aus dem 17. Bezirk, auf Grund eines Schiedsgerichtsurteils wegen Disziplinbruchs und parteischädlichen Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen. Die Bezirksleitung stimmte einstimmig, bei zwei Enthaltungen, dem Spruche des Schiedsgerichtes zu.“

Das ist aber nur ein Vorspiel zu dem, was kommen soll, Man liest weiter:

„Der in kurzer Zeit stattfindende Reichsparteitag wird für die Einheit und Disziplin der Partei bestimmte Sicherungen schaffen müssen.“

„Bis jetzt nur Rauschmisch in detail. Der Engrosbetrieb wird auf dem Parteitag eröffnet.“

Aus dem Mittelalter.

Eitel-Schieberich und sein Orden.

In der „Kreuzzeitung“, dem Blatte des „befehlenden Grafen“, finden wir dies artige Dokument aus dem frühen Mittelalter:

„Seine königliche Hoheit der Prinz Eitel Friedrich von Preußen haben die Würde als Herrenmeister des Johanniterordens niedergelegt. Am 9. November 1926 hat ein außerordentliches Kapitel getagt; den Entschluß seiner königlichen Hoheit angenommen und sühnungsgemäß für die Zeit der Sedisvacanz Seine Durchlaucht, den Kommandator des Johanniterordens, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg zum Statthalter gewählt.“

Das Kapitel beschloß danach folgenden Brief an Seine königliche Hoheit den Prinzen Eitel Friedrich zu richten:

Eure königliche Hoheit

biten die heute zur außerordentlichen Sitzung versammelten Mitglieder des Ordenskapitels ihr tiefstes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen zu dürfen, daß Eure königliche Hoheit sich veranlaßt gesehen haben, die Würde als Herrenmeister niederzulegen.

Unter Eurer königlichen Hoheit fast 20jähriger hingebender und tatkräftiger Leitung hat der Orden sich in segensreichster Weise entfaltet und die ihm obliegenden Aufgaben auf dem Gebiet christlicher Nächstenliebe nicht nur erfüllen, sondern ihren Kreis auch erweitern können. Eure königliche Hoheit haben sich in guten und bösen Tagen ohne Rücksicht auf die eigene Person für die Ehre und das Wohl des Ordens eingesetzt. Dem unaussprechlichen Dank, der alle Ordensritter erfüllt, gibt das Ordenskapitel hiermit ehrfurchtsvollsten Ausdruck.

Eure königliche Hoheit haben den unwiderruflichen Willen kundgegeben, das hohe Amt des Herrenmeisters niederzulegen. Wir haben uns diesem Willen beugen müssen, obgleich uns die Trennung außerordentlich schwer wird und eine genaue Kenntnis der Tatsachen uns die feste Ueberzeugung gegeben hat, daß Eure königliche Hoheit kein Schalken von Schuld an den belagerten Ereignissen triffen, die hochdieselben zu diesem letzten Schritt veranlaßt haben. Eurer königlichen Hoheit Ehre ist unberührt. Nur ritterlicher Sinn hat die Entscheidung Eurer königlichen Hoheit geleitet, wie dies zu unserer Genugtuung ausdrücklich von der anderen beteiligten Seite anerkannt worden ist.

Um die unverändert bestehende innige, uns so sehr wertvolle Gemeinschaft auch für die Zukunft festzuhalten, bitten Eure königliche Hoheit das Kapitel um gnädige Annahme der Ehrenmitgliedschaft des Ordens.

In Ehrfurcht verharre ich
Eurer königlichen Hoheit untertänigster
gez. Fürst zu Hohenlohe

Ordensstatthalter im Namen des Ordenskapitels.“

Seine königliche Hoheit hat in einem Dankschreiben die Ehrenmitgliedschaft angenommen.

Die „belagerten Ereignisse“, von denen in diesem Schreiben ehrfurchtsvoll die Rede ist, bestehen darin, daß Eitel Friedrich Hohenloher in „hochdeselben“ Ehescheidungszprozess vom Gericht als der allein schuldige Teil erklärt worden ist. Alles nähere weiß das Ordenskapitel, wie es selbst zugibt. Und deshalb wird „Se. Kgl. Hoheit“ hochselbst zum Ehrenmitglied der feudalen Gesellschaft ernannt. Und hochselbst haben Er diese Ehrung anzunehmen gerührt!

Es geht doch nichts über die wahre Sittlichkeit, wie sie sich in den hochfeudalen Kreisen in Reinkultur erhalten hat!

Lebhafte Börse.

Die heutige Börse eröffnete zunächst matt. gehalten waren Rheinstahl und einige andere Spezialitäten, wie Hamburg-Süd und Farbwerke. Im weiteren Verlaufe wurde das Geschäft lebhafter und die Stimmung freundlicher, zumal der Geldmarkt außerordentlich leicht blieb und große Posten Geld überhaupt nicht unterzubringen waren. Von der Belegung profitierten am meisten Montan-, chemische und Schiffahrtspapiere.

Quadrille à la cour.

Von Joda f.

Gewiß läßt sich sagen, daß in Deutschland allerhand mit Attributen behafteten Scheingrößen noch viel zu viel Ehrfurcht entgegengebracht wird, daß demokratisches Selbstbewußtsein sich nach lange nicht genügend durchgesetzt hat gegenüber allem möglichen Titel- und Uniformplunder. Aber wenn man doch feststellen darf — doch hier und da die Fragwürdigkeit eines Wertes durchschaut worden ist, so ist in erster Linie das Adelsprädikat der Verdienende gewesen. Kein Mensch trägt die Verantwortung für seinen Namen, und zweifellos gibt es sehr ansehbare Menschen unter Adligen, die auf diese Eigenschaft dann freilich meistens keinen Wert mehr legen, aber mir wenigstens geht es so, daß ich mich, bei der Nennung eines mir bis dahin unbekanntes Adelsnamens, gegen mein instinktives Vorurteil wehren muß, es mit einem Hochtopfer zu tun zu haben, wiewohl ich wissen möchte, daß die raffinierten unter ihnen längst der Zeitstimmung Rechnung getragen haben und sich nicht mehr auf so plumpe Weise verpuppen . . .

Wenn wir unter diesen Umständen hören, daß es eine „Deutsche Adelsgenossenschaft“ gibt, so hat das etwas Rätselhaftes an sich. Schon das Wort stimmt befremdlich. In Verbindung mit den Begriffen Kredit, Konsum, Erwerb, hat der der Genossenschaft einen vertrauten Sinn, und es fallen einem die Namen Lassalle und Schulze-Dehnsch dabel ein. Adelsgenossenschaft aber klingt ein wenig nach Schlaglöcher mit Hering. Burggrafenromantik vereint sich darin mit Bureaurokrasie, Raubritterherrlichkeit mit Kontoforrentausgaben.

Vor einigen Tagen hat die „Deutsche Adelsgenossenschaft“ einen großen Ball abgehalten. Erzelenz von Berg, dessen Phantasie sich nicht nur bei den Geldforderungen, die er im Namen seines Königs stellte, sondern auch bei der Erfindung von Bezeichnungen fruchtbringend erweist und der sich demgemäß Adelsmarschall nennen läßt, präsierte, und die Logen bogen sich unter der Klangfülle der freiherrlichen, prinziplichen und prinzipiellen Titulaturen. Nun ist aber ein Ball schließlich eine etwas unaristokratische Angelegenheit, und daher galt es, diesem besonderen Ball alle plebejische Host zu nehmen, die Adligen nur bei der Betätigung ihrer Loyalität gegenüber Revolutionären in gefährlichen Augenblicken wohl ansteht. Der moderne und laute Charakter war deshalb verpönt, und die vornehme Quadrille à la cour mit ihren Knigen und ihren sich aufbauenden und sich lösenden Ketten beherrschte das Parterre und schuf Hofatmosphäre. Unter den Teilnehmern sollen viele Geschäftstreisende und Bureaufürsors gewesen sein, die, weit davon entfernt, über ihrem Nutzen, ehrenvollen Berufe den Zufall ihrer Herkunft von Raubrittern vergessen zu haben, an diesem Abend ihn wohl für ihr Besentliches hielten und mit Schaudern an das Morgen dachten.

So, er lebt noch, der deutsche Adel, und er ist sich seiner Quali-

täten bewußt. Früher vererbte er die hohen Ämter unter sich und heute nur nach die Schlacht nach ihnen, von der wir hoffen wollen, daß sie aus dem Bereich der Schritte und Tritte einer Quadrille nicht hinausgelange, da wir sonst jene gegen ihn einleiten und diese ihm verabsolgen müßten.

Künstliche Menschen.

Im Theater des Westens sind „Kleine Leute“ eingezogen; wie der Direktor der Truppe, Dr. Vittorio Podrecca, mitteilte, fünfhundert an der Zahl, und dazu dreihundert große. Aber man hüte sich, so obenhin von fünfhundert Holzpuppen zu sprechen, denen dreihundertwanzig Menschen Leben geben. Diese kleinen Gesöpfe auf der Bühne führen ein höchst intensives Dasein, und es wäre gar nicht weiter verwunderlich, wenn sie sich an dem rächen würden, der sie verächtlich macht. Vorläufig hat man sie allerdings nur von der allererfreulichsten Seite kennen gelernt: sie ergötzen uns mit Barockklängen, mit Gesang und Tanz, und führten sogar eine ganze Oper auf. „Die schlafende Prinzessin“, bezeichnender verdeutschte mit „Dornröschen“, trotz einiger Umwechungen von dem bekannten Märchen, ist eigens für Podreccas Puppenbühne gedichtet und komponiert worden. Es ist ein Zeichen dafür, welche Achtung sein Marionettentheater bereits in Italien genießt, das Ottorino Respighi die Musik zu diesem Werke schrieb. Und selbst der nicht sehr musikalische Theaterbesucher muß spüren, daß diese Arbeit Respighi außerordentliches Vermögen bereite. Die Puppen werden mit ihren Aufgaben so gut fertig wie nur irgendwelche Bühnennerne, und die Soloratsängerinnen benehmen sich genau so selbstbewußt und die Tendenz so dummeitel, wie manche ihrer Kollegen aus Fleisch und Blut.

Wie gesagt, man soll die Fünfhundert nicht lästern. Es sind zu viele und außerdem sind sie alle zu lebendig, gefährlich lebendig. Das empfindet man mit leisem Erschrecken allerdings erst im Varietéteat. Der kleine Regentatrat, der da am Seil seine tollen Kunststücke macht und sich zwischenher mit wilden Schwüngen ins Publikum hereinhaucht — könnte er nicht plötzlich loslassen und auf den nörgelnden Zuschauer losknallen? Niemand kann behaupten, daß die Schüre von der Decke her ihn zurückhalten. Die wenigen Fäden stehen in so gar keinem Verhältnis zu der unerhörten Beweglichkeit des Kleinen, daß sie ihn unmöglich hindern könnten, eine Handlung auszuführen, nach der es ihm gelüftet. Dumm und freundlich unterteilt er uns auf „höheren“ Befehl, gewiß. Aber in seiner Bewegung verleierte er, daß er Charakter habe und daß er eine Persönlichkeit sei, die sich ihres Wertes bewußt ist. Und jeder andere der tierischen Darsteller ist ebenfalls eine Erscheinung für sich, mit typischen — fast möchte man sagen unnachahmlichen — Gesten und Bewegungen, die den Aufführungen etwas beinahe Spulhaftes geben. Das „Theater der Kleinen“ nennt sich die Truppe auf Italienisch. Verdeutsch hat sie ihren Namen in „Theater künstlicher Menschen“. Dieser Titel gibt schon weit eher als der italienische eine Ahnung von seiner Bedeutung. Aber man muß schon einen Blick in die heitere und phantastische Spiegelwelt getan haben, um erschrocken zu begreifen, daß Podrecca hier an Stelle von Marionetten wirkliche Lebewesen konstruiert hat, wie sie der Phantasie eines G. T. Hoffmann entsprungen sein könnten. . .

75 Jahre Augenpiegel. Eine der größten Erfindungen auf dem Gebiet der Erkennung von Krankheiten ist vor dreierhalb Jahrhunderten gemacht worden: im Jahre 1851 konstruierte Helmholtz seinen Augenpiegel. Er ging von der Erkenntnis aus, daß sich das Auge wie ein dunkles Zimmer verhält, in das man durch ein Schlüsselloch aus einem hellen Raum hineinsieht. Das Licht, das durch die Pupille ins Auge fällt, gelangt nicht in das Auge des Beobachters, und wenn man das Innere des Auges erleuchten will, so muß man konzentriertes Licht in das zu beobachtende Auge werfen und dann sein Auge in den Weg der Lichtstrahlen bringen, die aus dem beobachteten Auge zurückkehren. Helmholtz ließ also das Licht einer Lampe auf einen Spiegel fallen, der die Strahlen in das zu untersuchende Auge wirft. Um selbst das aus dem Auge zurückkehrende Licht wahrzunehmen, durchbohrte er den Spiegel an einer Stelle. Die Lichtstrahlen, die durch die Öffnung treten, gelangen dann in das Auge des Beobachters, der nun das Innere des zu untersuchenden Auges hell erleuchtet sieht. Mit diesem ebenso einfachen wie genialen Apparat hat der große Gelehrte die Augenkunde auf eine ganz neue Grundlage gestellt und unzähligen eine Wohltat erwiesen.

Das immer noch „unzüchtige“ Jillebild. In der Berufungsverhandlung gegen Professor Jille sowie gegen Schriftleitung, Verlag und Drucker des „Simplizissimus“ vor der Großen Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts wurde das Schöffengerichtsurteil vom 16. Juli aufgehoben und die damals Verurteilten freigesprochen. Gegen Professor Jille wird das Verfahren eingestellt. Dagegen bleibt es bei der ausgesprochenen Unbrauchmachung der beauftragten Bilder. Die Urteilsbegründung sieht zwar in den beiden Bildern, die der Simplizissimus feinerzeit veröffentlicht hatte und die den Anlaß zu dem Strafverfahren gegeben hatten, eine objektive Unzüchtigkeit, doch könne den Angeklagten das Bewußtsein dieser Unzüchtigkeit nicht nachgewiesen werden.

Motorische Kraft aus dem Meereswasser? In der Montagsitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften berichtete der durch seine Forschungen über flüssige Luft und synthetischen Ammoniak bekannte Gelehrte George Claude über eine kühnen erregende Neuentdeckung. Er will in der Lage sein, aus dem Meereswasser durch Ausnutzung der Temperaturunterschiede zwischen dem von den Tropen kommenden warmen Oberflächennasser und den aus den Polarmeeren kommenden kalten Wassermengen motorische Kraft zu gewinnen. Aus 1000 Kubikmeter warmen und kalten Wassers pro Sekunde will er 400 000 Kilowatt erzielen.

Die Chodowieski-Ausstellung in der Akademie der Künste am Pariser Platz wird auch am Montag von 10-5 Uhr geöffnet sein.

Der Männer-Gesangsverein „Namenlos“ gibt am Totensonntag 7 Uhr im Saalbau Friedrichshain ein Konzert unter Widmung des van Paer-Quartetts.

Das Rundfunkmonopol in England. Der englische Postminister erbatte im Unterhaus nachfolgendes Verbot über die britische Rundfunkgesellschaft, die im Januar nächsten Jahres als einziger nationaler Konzern den Rundfunk ausüben wird. Er führte u. a. aus, daß die neue Rundfunkgesellschaft mit außerordentlichem Nachbessungsaufgebot sei, Redungen zu sammeln und zu verbreiten.

Das glorifizierte Wohnungselend.

Dichtung und Wahrheit über russischen Wohnungsbau.

Die Entdeckungswelt der Auslandsdelegierten in Rußland fördern immer neue Ueberraschungen zutage. Neuerdings hat sich die Delegation der englischen Bergarbeiter, die ihre Aufmerksamkeit in erster Linie dem bergbaulichen Donezgebiet geschenkt hat, ganz besonders für die Erfolge des Wohnungsbauwesens in der Sowjetunion begeistert. In der öffentlich abgegebenen schriftlichen Abschiedserklärung der Delegation heißt es wörtlich:

„In allen Industriebezirken werden wirksame Maßnahmen zur Lösung der Wohnungsfrage durchgeführt. Die Arbeiter werden in der größtmöglichen Eile aus ihren baufälligen Hütten — der Erbschaft des alten Regimes — in bequeme Wohnhäuser übergeführt. Dort wo sich die Ueberbevölkerung aus verschiedenen Gründen verzögert, werden Versuche gemacht, die Wohnverhältnisse günstiger zu gestalten; die Arbeiterwohnungen erhalten elektrisches Licht, Heizungsrichtungen usw. Gleichzeitig werden neue Heime für alleinlebende Männer und Frauen eingerichtet, was wesentlich zur Verringerung der Wohnungsnot beiträgt, die durch den ständigen Zustrom neuer Arbeiter nach den Industriezentren hervorgerufen wird.“ („Trud“ vom 14. Oktober.)

Demgegenüber muß betont werden, daß der Wohnungsbau in Rußland, trotz seiner wesentlichen Zunahme in den letzten zwei Jahren, immer hinter dem Zuwachs der Bevölkerung zurückbleibt, so daß das Wohnungselend sich immer mehr verschärft. So ist nach den Angaben des Ausschusses für staatliche Planwirtschaft („Gosplan“) die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung in den Städten der Sowjetunion von 12,8 Quadratmeter im Jahre 1923 auf 11,5 Quadratmeter im Jahre 1926, d. h. rund um 10 Proz., in Moskau entsprechend von 12 auf 10,1 Quadratmeter, d. h. rund um 16 Proz., gefallen. Im Jahre 1927 wird eine weitere Verminderung der durchschnittlichen Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung erwartet, und erst 1928 oder 1929 hofft man, diesem Prozeß der Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse Einhalt zu gebieten (siehe „Planowoje Chosjastwo“, August 1926, S. 39).

Der Zufall wollte es, daß die Veröffentlichung der oben zitierten Erklärung der englischen Bergarbeiterdelegation mit dem Abschluß einer Untersuchung des russischen Bergarbeiterverbandes über die Wohnungsverhältnisse im Donezgebiet zusammenfiel. „Trud“ (vom 17. Oktober) veröffentlicht die Ergebnisse dieser Untersuchung in einem der wichtigsten Bezirke des Gebietes, im Bezirk Lugansk:

„Die fünf Bergwerksgemeinden des Lugansker Bezirkes zählen insgesamt 61 Heime für Alleinlebende und 13 kleinere Familienhäuser. Von der Gesamtzahl der Heime befinden sich nur 22 in einem verhältnismäßig wohlhätigen Zustande, die anderen sind für Wohnzwecke wenig geeignet. Selbst Tische sind nicht überall vorhanden, und die Arbeiter sind gezwungen, ihre Mahlzeiten auf dem Fußboden oder auf den Pflastersteinen sitzend zu verzehren.“

In dem Arbeiterinnenheim der Worosk-Zechen ist das Dach noch seit dem Sommer abgedeckt, die Zimmerdecken befinden sich in einem solchen Zustande, daß sie keinen Schutz gegen Wind und Wetter bieten. Manche Heime sind derart überfüllt, daß die Arbeiter gezwungen sind, unter den Pflastersteinen zu schlafen. Die Einrichtung der Klosetts ist äußerst dürftig. Waschvorrichtungen sind entweder überhaupt nicht vorhanden oder befinden sich in einem unbrauchbaren Zustande. Es mangelt auch an sauberem Wasser, da die Wasserleitungen nicht funktionieren. Trotz des Herannahens des Winters sind die Türen nicht instand gesetzt und können nur mit Hilfe von drei Personen geöffnet werden. In den Wänden befinden sich durchgehende Risse, in manchen Heimen ist der Fußboden aus Zement, was zu ständigen Erfaltungen führt. Auch die Beleuchtung in den Heimen läßt viel zu wünschen übrig. . . .

Man soll nicht etwa glauben, daß wir es hier mit einer Ausnahmeerscheinung zu tun haben. Mit dem Herannahen des Winters kommen ähnliche Klagen aus allen Teilen des Landes. „Die neuen Wohnungen sind schlechter als die alten“, schreibt man dem „Trud“ (vom 13. Oktober) aus Kineshma (Gouvernement Kostroma, ein Mittelpunkt der Textilindustrie), und es wird hier ein Bild geschildert, welches die oben erwähnten Verhältnisse im Donezgebiet noch weit in den Schatten stellt. Ähnlich wird aus dem Gouvernement Wladimir berichtet („Trud“ vom 19. Oktober). In Waku werden die den Kaphitabetrieben gehörenden Arbeiterhäuser nicht instand gesetzt, so daß sie „in einem solchen Zustand geraten sind, daß viele von ihnen überhaupt nicht mehr instand gesetzt werden können.“ („Trud“ vom 22. Oktober.) In Simferopol läßt sich folgendes Ergebnis des kommunalen Wohnungsbauwesens verzeichnen: „Die Dächer sind nicht wasserdicht, die Türen sind eingetrennt und lassen sich nicht schließen, die Ofen rauchen, an den Fenstern fehlen sämtliche Riegel zum Schließen.“ („Trud“ vom 22. Oktober.) Bei dem Wohnungsbau in Dniepropetrowsk (Kafaternoslaw) herrschen Mißstände, die einer Beschreibung spotten. („Trud“ vom 18. Oktober.)

Diese Mitteilungen sind nur einigen Nummern einer einzigen Zeitung entnommen und können nach Belieben vermehrt werden. Ob sie die Rußlandreisenden veranlassen werden, das Wohnungsproblem in Rußland mit größerem Ernst zu behandeln?

* Ein Quadratmeter = 1/10 Quadratmeter. Die Berliner Neuwohnungen haben mindestens 60 Quadratmeter, pro Kopf also 15 Quadratmeter. Das ist das 2 1/2fache des russischen Ideals.

Die Bereinigung der Entwaffnungsfragen.

Vor der Einigung.

Paris, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) General Baldy wird in kurzer Zeit auf seinen Berliner Posten zurückkehren. An den Pariser zuständigen Stellen erklärt man die Nachricht, nach welcher der General mit einer speziellen Mission von der Bolschewikerkonferenz beauftragt sei, für unbegründet. Seine Rückreise nach Berlin sei mit den schwebenden Verhandlungen über die Erhebung der internationalen Militärkontrollkommission durch die Völkerbundskontrolle nicht in Zusammenhang zu bringen, um so weniger, als der größte Teil der Fragen, die Deutschlands Abweisung betreffen, vor allem die des Oberkommandos, als gelöst angesehen werden können. Die Regelung mehrerer noch ausstehender Fragen, so die der militärischen Ausbildung der Jugendverbände und der Auflösung der nationalen Geheimorganisations, steht unmittelfach bevor. Außerdem legte die Bolschewikerkonferenz Wert darauf, vor der Abberufung der Interalliierten Kontrollkommission auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen mit der deutschen Regierung die Kompetenzen der neuen Völkerbundskommission genau festzulegen.

Amerika hat es besser.

Gaushaltsüberschüsse und Steuerermäßigung.

New York, 16. November. (W.B.) Der Schatzsekretär teilt mit, daß der Budgetüberschuß im nächsten Jahr voraussichtlich über 300 Millionen Dollar betragen wird. Die Einkommensteuern werden um 15 Proz. für das nächste Jahr herabgesetzt.

Denunziationen gegen Erwerbslose.

Man ist im Kleinen groß.

Zahlreiche Erwerbslose, die längere Zeit Erwerbslosenunterstützung empfangen, ist nach plötzlicher Entziehung der Unterstützung in den letzten Wochen und Monaten von der zuständigen Fürsorgebehörde ein formularmäßiger Bescheid folgenden Inhaltes zugegangen: „Sie werden hierdurch aufgefordert, die für die Zeit vom . . . bis . . . zu Unrecht bezogene Erwerbslosenhilfe mit . . . binnen 14 Tagen an die Kasse der Erwerbslosenhilfe . . . bei Vermeidung zwangsweiser Eintreibung, durch welche Ihnen nur erhebliche Kosten entstehen würden, zurückzahlen, andernfalls Strafantrag gestellt wird.“ Der Druck solcher Formulare beweist schon ihre häufige Verwendung. Die Rückzahlung wird zumellen in Höhe von mehreren Hundert Mark gefordert und die Strafandrohung angebracht auf der Grundlage unermittelter, gefährlicher Denunziationen, die selten eine Unterschrift tragen. Sie gehen aus von mißglücklichen Personen, die angeben, daß der Unterstützungsempfänger oder ein Angehöriger seiner Familie irgendwo gearbeitet hat. Es ist doch längst bekannt, daß eine Familie nur von der Erwerbslosenunterstützung nicht leben kann. Rechnet man für Mann, Frau und ein Kind wöchentlich rund 16 M. Unterstützung, so bleiben nach Abzug der Miete wöchentlich knapp 10 M. für drei Menschen. Um nicht halb zu verhungern und durch hochgradige Unterernährung krank zu werden, muß also jede Gelegenheit, die ein paar Groschen Verdienst einbringt, wahrgenommen werden. Es geht nicht an, solche geringfügige Verdienstmöglichkeiten mit Strafandrohung wegen Betruges zu bedrohen. Geradezu grotesk muß es erscheinen, in solchen Fällen die Rückzahlung von mehreren Hundert Mark binnen zwei Wochen zu fordern. Beispielsweise denunzierte eine freundliche Nachbarin einen Erwerbslosen, weil dessen Ehefrau für die nähere Bekanntschaft ein paar Hüte garnierte. Ein anderer wurde angezeigt, weil er seiner Ehefrau beim Annähen von Knöpfen half. Einem dritten Erwerbslosen wurde mit dem Staatsanwalt gedroht, weil er in seiner kleinen Kellerwerkstatt mangels lohnender Aufträge Muster arbeitete, die nichts einbrachten. Prüfer der Fürsorgestellen unterziehen jeden Einzelnen, wollen sich aber nicht immer überzeugen lassen, wie traurig es in den denunzierten Familien aussieht. Muß denn überhaupt Wert gelegt werden auf jede anonyme, also feige Denunziation? Muß nicht, da die Erwerbslosenunterstützung viel zu niedrig ist, angemessener Spielraum für Gelegenheitsverdienst gelassen werden? Gewiß kommen unberechtigte Ausnutzungen der Fürsorge vor, aber man soll deshalb nicht übermäßig mißtrauisch werden und nicht förmlich Jagd machen auf Erwerbslose, die, anstatt untätig herumzulungern, froh sind, sich eine gelegentliche kleine Zubuße zur Unterstützung verdienen zu können.

Nachspiel zum Lüchow-Prozeß.

Ein Schöffe wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Richterfelde, hatte sich der 49jährige Gärtner Georg Kahl aus Dabendorf bei Jossen wegen der Anklage zu verantworten, in drei Fällen, in den Jahren 1919, 1924 und 1926 unzüchtige Handlungen mit Mädchen unter 14 Jahren vorgenommen, bzw. versucht zu haben. A. war Schöffe im Lüchow-Prozeß. Die letzte seiner Straftaten fällt in die Zeit, in der er als Schöffe im Lüchow-Prozeß tätig war. Die Verhandlung, die auf 10 1/2 Uhr angefangen war, begann wegen der längeren Dauer der vorhergehenden Straffachen erst kurz nach 1 Uhr mittags.

Bekanntlich hatte die Verteidigung im Lüchow-Prozeß den Schöffen Kahl, der jetzt der SPD. angehört, wegen Vorranggenommeneit gegen von Lüchow beanstandet, da er geäußert hat, das Gericht mache viel zu viel Umstände mit Freiherren von Lüchow, ein Arbeiter wäre schon längst zu ein paar Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Da Amtsgerichtsrat Feuchner, der seinerzeit den Lüchow-Prozeß als Vorsitzender leitete, sich für befangen erklärt hatte, wurde die Verhandlung von Amtsgerichtsrat Kumbler, der als Besitzer im Lüchow-Prozeß fungiert hatte, geleitet. Den Antrag des Staatsanwalts auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit, dem vom Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Pieper, widersprochen wurde, lehnte das Gericht ab. Der erste zur Anklage stehende Fall liegt schon über sieben Jahre zurück. Im August 1919 soll Kahl die damals beinahe 14jährige Martha J., jetzige Frau H., unzüchtig berührt haben. Das Verfahren war damals von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden, da der Vater der J. den Strafentwurf auf Bitten des Angeklagten zurückgenommen hatte. Im zweiten Falle aus dem Jahre 1924 betraf die damals 12jährige Berta P. handelt es sich nur um einen Versuch. Der dritte Fall, von dem das ganze Verfahren seinen Ausgang genommen hat, ist der der jetzt 11jährigen Elisabeth K. vom 3. Juni d. J. Der Staatsanwalt beantragte nach 5 1/2stündiger Verhandlung und der Vernehmung einer großen Anzahl sich zum Teil widersprechender Zeugen wegen des ersten Falles 6 Monate, wegen des zweiten 2 Monate und wegen des dritten Falles 1 Jahr Gefängnis, die er auf eine Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten zusammenzuziehen bat; außerdem beantragte er drei Jahre Ehrverlust und stellte dem Gericht anheim, einen angemessenen Teil der seit dem 21. August 1926 bestehenden Untersuchungshaft auf die Strafe anzurechnen. Nach 4stündiger Beratung verurteilte Amtsgerichtsrat Kumbler das Urteil. Es lautete auf Freispruch bezüglich des ersten Falles, der schon über 7 Jahre zurückliegt und nicht ausreichend aufgeklärt werden könne. Bezüglich des zweiten und dritten Falles dagegen mußte wegen vollendeten Sittlichkeitsverbrechens nach § 176 Abs. 3 des Reichsstrafgesetzbuches Verurteilung erfolgen, wobei das Gericht berücksichtigt hat, daß der Angeklagte jeguell sehr leicht erregbar ist und ihm deshalb mildernde Umstände ausgebligt hat. Sonst hätte auf Zuchthaus erkannt werden müssen. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen 10 Wochen durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Angeklagten auf die Dauer von 2 Jahren aberkannt. Dem Angeklagten wurde eine Bewährungsfrist für den Rest der Strafe in Aussicht gestellt, falls die noch anzustellenden Ermittlungen günstig sein sollten.

Bestätigung der neuen Magistratsmitglieder.

Die neu gewählten vier Magistratsmitglieder, Stadtkämmerer Dr. Lange, Stadtbaurat Wagner, Stadtschulrat Rydahl und Stadtrat Reuter sind heute vormittag vom Oberpräsidenten von Berlin bestätigt worden. Sie werden am kommenden Donnerstag in der ordentlichen öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung durch Oberbürgermeister Böß und Stadtverordnetenvorsteher Hof in ihre Ämter eingeführt werden.

Kutischer tobt.

In dem Prozeß gegen Iwan Kutischer und die Geheimräte Rühse und Hellwig ereignete sich heute ein Zwischenfall. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Wartenberger, wollte zunächst in die Beweisannahme eintreten und den Sachverständigen Geheimrat Rügge von der Staatsbank über den Umfang der von Kutischer bezogenen Dividen hören. Als der Vorsitzende vorher nach an Kutischer die Frage richtete, woher er die Dividen habe, richtete sich der Angeklagte auf und schrie das Gericht in einem Wutanfall laut an: „Ich habe 7 Jahre Zuchthaus bekommen und werde in der Charité ermordet.“ Der Vorsitzende Dr. Banjin erklärte auf Befragen, daß Kutischer 58,5 Grad Temperatur habe. Erregt riefen die Frau und der Sohn des Angeklagten dazwischen: „Das ist nicht richtig, er hat 39 bis 40 Grad gehabt.“ Amtsgerichtsrat Wartenberger versuchte, den immer noch

lebenden Kutischer zu beruhigen, er möchte doch hier ruhig verhandeln lassen, denn es handle sich doch um eine geringfügige Sache, die endlich erledigt werden müsse. Er möge sich zusammennhmen. Kutischer richtete sich von neuem auf der Tragbahre hoch und schrie immer wieder: „Sieben Jahre Zuchthaus, und in der Charité ermordet man mich. Das ist schlimmer als in Wien. Ich habe so viel für Deutschland getan — und 7 Jahre Zuchthaus.“ Auf Befragen von Justizrat Dr. Werthauer äußerte der Sachverständige Dr. Banjin, daß Kutischer im Augenblick nicht verhandlungsfähig sei, er riet zu einer halbstündigen Unterbrechung, damit Kutischer sich beruhige. Nach Ablauf der Pause fragten die Verteidiger Kutiskers, Justizrat Dr. Werthauer und Rechtsanwalt Dr. Rübse, nochmals den Sachverständigen, ob Kutischer jetzt verhandlungsfähig sei. Der Sachverständige riet nunmehr, für heute die Verhandlung abzubrechen. Justizrat Dr. Werthauer verwies dann darauf, daß Kutischer so sich zur Anklage schon geäußert habe, so daß seine Anwesenheit nicht notwendig sei, und ob man nicht in seiner Abwesenheit weiter verhandeln könnte. Justizrat Dr. Löwenstein hielt das nicht für angängig, da Kutischer krank sei. Auch der Vorsitzende war der Meinung, daß ohne Kutischer nicht verhandelt werden könne, solange er behaupte, krank und verhandlungsunfähig zu sein und nicht freiwillig fern bleibe. Dagegen will der Vorsitzende mit der 2. Großen Strafkammer, der Beschäftigtenkammer des Landgerichts I, verhandeln, ob nicht dem Wunsche Kutiskers Rechnung getragen werden könne, ihn wieder in das Untersuchungsgefängnis zu überführen. Dann wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh 9 1/2 Uhr vertagt.

Der Helfer des Juwelenträbers Spruch.

In der Westpreignitz ergriffen?

Zu dem großen Juwelentrab in der Tauenhienstraße, der seinerzeit tagelang die Öffentlichkeit beschäftigte, scheint es jetzt noch ein Nachspiel geben zu wollen. Damals wurde schon mitgeteilt, daß man von vornherein die Vermutung hegte, Spruch müsse noch einen männlichen Helfershelfer gehabt haben. Er gab denn endlich auch zu, daß ein junger Mann, den er unter dem Spitznamen „Schmiedepaul“ kenne, mit ihm zusammen den Raub ausgeführt habe.

Er erzählte, daß dieser Mann, der nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei Gerlach heißt, von ihm 25 M. erhalten habe und damit auf die Waise gegangen sei. „Schmiedepaul“ sollte dann auch bald hier, bald da aufgetaucht sein. Endlich hieß es, er sei über die polnische Grenze entkommen. Die Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei, die alle Landposten und Polizeibehörden in der Provinz und im Reich mit einer genauen Beschreibung des flüchtigen Gerlach versah, scheinen jetzt Erfolg gehabt zu haben. Wie uns aus Karlsruhe in der Westpreignitz telephoniert wird, trat dort vor einiger Zeit bei dem Landwirt Koehr ein junger Mann als Knecht in Dienst. Er wies sich mit einer Quittungskarte auf den Namen Hoffmann aus. Der neue Knecht wußte seine polizeiliche Anmeldung immer wieder hinauszuschieben. Endlich aber drängte der Arbeitgeber energisch. Jetzt sei dem Landjäger Bütke, der die Papiere nachprüfte, auf, daß die Beschreibung des Knechtes mit der des gesuchten Gerlach übereinstimme, die Größe sowohl wie die schwächliche Gestalt und das runde bartlose Gesicht. Aber nicht das allein, auch das Geburtsdatum, der 13. Oktober 1905, und der Geburtsort Niederhof bei Breslau, sind auch die des Gerlach. Der Verdächtige wurde hierauf festgenommen. Der Landjäger setzte telegraphisch die Berliner Kriminalpolizei in Kenntnis. Diese entsandte sofort zwei Beamte nach Karlsruhe, die den Festgenommenen hierher holen werden. Der junge Mann, der sich als Knecht ganz gut bewährte, aber durch die Hinauszögerung der Anmeldung Verdacht erregte, befreit, Gerlach zu sein, den Juwelenträber Spruch zu kennen und mit dessen Tat irgendetwas zu tun gehabt zu haben.

Begünstigung von Taschendieben.

Ein Polizei-Mandalprozeß in Leipzig.

Das Kapitel „Kriminalpolizei und Taschendiebe“ ist nicht neu. Und wie schon früher in Ostau und in Warschau, so waren es auch in Leipzig polnische Taschendiebe, die die Kriminalbeamten zu Fall brachten. Anstatt daß sie den Kriminalbeamten ins Garn liefen, ließen ihnen die Kriminalbeamten ins Garn. Neben fünf internationalen Taschendieben sind es nun vier Beamte, die vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht Leipzig wegen passiver Bestechung, Beamtenunterschlagung, Beihilfe zum Bandendiebstahl, Hehlerei, schwerer Urkundenfälschung und Betrug erscheinen mußten. Ein Beamter hat sich das Leben genommen. Ein anderer Beamter und ein Taschendieb sind bereits abgeurteilt, einen weiteren Taschendieb gelang es, zu entfliehen. Die Hauptfigur auf der Anklagebank bildet der Kriminalhauptwachmeister Ruwel. Er will durch den Kriminalbeamten Grimm, der sich durch Selbstmord dem Gericht entzogen hat, auf die schiefe Ebene gebracht worden sein; dieser soll ganze sieben Jahre lang den Begünstiger von Taschendieben gespielt haben. Den Höhepunkt erreichte gewissermaßen das verbrechenreiche Spiel der Beamten während der Herbstmesse 1924 in Leipzig. Gleichzeitig mit den Meldungen der Firmen bei dem Leipziger Messeamt liefen bei den Kriminalbeamten von Berliner Taschendieben Meldungen über ihre geplante Tätigkeit während der Messe ein. Damit das Geschäft sich reibungslos abwickelte, wurde im Café Coris zwischen Dieben und Kriminalbeamten eine Konferenz abgehalten und den einzelnen Kolonnen bestimmte Kriminalbeamte zwecks Beaufsichtigung, d. h. Begünstigung, zugeteilt. Die Diebe wurden zwar verhaftet, hinterher aber freigelassen. Die ganze Beute sollte in einem gemeinsamen Topf geworfen werden. Nach gelungenen Coups wurde zusammen geknöpft usw. Ruwel behauptet, daß auch der Kriminalrat Fischer mit den Dieben gemeinsame Sache gemacht habe. Auf dessen Veranlassung habe er, nachdem der frühere Verbindungsmann vom Kriminalrat Fischer als nicht mehr geeignet betrachtet wurde, einen neuen Verbindungsmann finden sollen. In der Person des Angeklagten Strebnit hatte Ruwel den erforderlichen Verbindungsmann gefunden. Ruwel soll es auch gewesen sein, der die Kriminalbeamten Brandt und Schäfer an den Begünstigungen teilzunehmen, veranlaßt hätte. Ruwel hat übrigens auch in Berlin mit Taschendieben konferiert. Interessant waren die Aussagen des Angeklagten Brandt. Als er einen Taschendieb und Brillantenhepper für 500 M. freigelassen hatte, blieb ihm nichts anderes übrig, als in gleicher Weise auch gegenüber einer internationalen Gaunerin Bonnowska zu verfahren, als die ihm erklärte: Du hast dem Brillantenhepper geholfen, jetzt hilf mir nun auch. Der Prozeß dürfte etwa drei Wochen in Anspruch nehmen und wird augenscheinlich ganz unerwartete Einblicke in die Tätigkeit der Kriminalpolizei und der internationalen Taschendiebe gemähren.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Die Konferenz aller Obleute und Mitglieder der Kreisbildungs-ausschüsse findet im Fraktionsaal der SPD-Fraktion des Landtages, Prinz-Albrecht-Straße, heute abend 7 1/2 Uhr statt.

Zunächst ist die Gruppe Mitte, Morgen, Bußtag, Wanderung nach Bernau. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr, Stettiner Vorortbahnhof.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Buch „Die einjährigen Wälder der Ernterückengewinnung der Firma Wilhelm Julep, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 143, hat die Preise von 100 auf 50 Pf. herabgesetzt. Die Preise sind vorläufig. Diese geschäftliche Verkaufserhaltung steht für Qualitätswaren bereit. Die Preise sind, die es sich empfiehlt, für das Weihnachtsgeschäft jetzt den Bedarf zu decken. Wir bitten um Beachtung des deutschen Preisverfalls.“

Die Berufstätigen in Deutschland.

Vorläufiges Ergebnis der Berufszählung.

Aus den bis jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Berufszählung geht hervor, daß die Zahl der Erwerbslosen seit der letzten Zählung im Jahre 1907 ganz gewaltig gestiegen ist. Überall ist eine Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zu verzeichnen. Auffallend ist an dem statistischen Material, daß überall da die Zunahme der Erwerbstätigen sehr groß ist, wo die industrielle Entwicklung erst später einsetzte. Der Prozentsatz der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung betrug:

	1907	1925
Bayern	51,7	53,7
Württemberg	49,4	59,0
Odenburg	42,0	51,6
Anhalt	40,4	46,8
Sachsen	46,2	50,9
Sachsen	43,5	47,4

Daraus geht hervor, daß in Württemberg und Odenburg die Steigerung seit dem Jahre 1907 rund 10 Proz. beträgt, in Anhalt 8 Proz. und in Bayern 2 Proz. Hamburg und Lübeck haben eine Steigerung von 4 Proz. zu verzeichnen. Der Prozentsatz ist durchschnittlich erheblich höher, als er bei den Zählungen im Jahre 1882, 1895 und 1907 festgestellt wurde. Er betrug:

1882	41,9 Proz.
1895	42,7
1907	45,5

In diesen Zahlen spiegelt sich die Grundtendenz der kapitalistischen Entwicklung wider. Der Mittelstand geht unaufhaltsam seiner Vernichtung entgegen, das Proletariat schwillt zahlenmäßig immer stärker an, die Bedingungen des Kampfes ums Dasein werden immer mehr verschärft. Die Familie wird zerrüttet, die Hauswirtschaft wird zerstört, die kleinen Existenzen erliegen der Konkurrenz. Eine eingehende Betrachtung des Berufszählungsergebnisses mit abschließendem Urteil ist erst möglich, wenn das gesamte Material, namentlich aber der großen industriellen Gebiete Preußens und Sachsens vorliegt.

Es ist festzustellen, in welchem Maße in den Gewerben, im Handel und Verkehr und in der Landwirtschaft die Zunahme der Erwerbstätigen vor sich ging. An den bisherigen Ergebnissen läßt sich folgendes ermitteln. In Bayern waren von 100 Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Jahre 1907 49,7, im Jahre 1925 43,7, Rückgang 6 Proz.; in den Gewerben 1907 29,9, 1925 35,4, Zunahme 5,4 Proz. Im Handel und Verkehr beträgt die Zunahme 1,5 Proz., in den häuslichen Berufen hat sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Proz. vermindert und in den freien Berufen und bei den Personen in öffentlichen Diensten ist eine Verminderung von 2,4 Proz. eingetreten. In Odenburg hat die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 43,4 Proz. auf 46,2 Proz. zugenommen, während in den Gewerben ein Rückgang von 23,4 auf 29,9 zu verzeichnen ist. In Württemberg hat die landwirtschaftlich erwerbstätige Bevölkerung um 3 Proz. abgenommen, in Anhalt um 4 Proz.

Eine große Zunahme ist bei der Erwerbstätigkeit der Frauen festzustellen. In Württemberg ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung von 36,1 Proz. im Jahre 1907 auf 50,0 Proz. im Jahre 1925 gestiegen. In Bayern stieg die Zahl der weiblichen Angestellten von 43.000 im Jahre 1907 auf 148.000 im Jahre 1925, die Zahl der Arbeiterinnen von 343.000 auf 406.000. Prozentual ist die Steigerung gewaltig größer als bei den Männern. Der Krieg und die nachfolgende Inflation hat die Frau in das Erwerbsleben hineingeworfen, die schlechte Bezahlung der männlichen Arbeitskraft hält sie heute darin fest.

Wie groß die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland überhaupt ist, das wird erst feststehen, wenn die gesamten Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Gewerbebezahlung vom Jahre 1925 vorliegen. Es ist jedenfalls mit einer erheblich größeren Ziffer als im Jahre 1907 zu rechnen. Das Proletariat in Deutschland hat sich gewaltig vermehrt.

Gewerkschaften und SPD. kämpfen.

Die SPD. schimpft.

Während die SPD. ihre Theaterveranstaltung des sogenannten Kongresses der Werktätigen vorbereitet, haben die Gewerkschaften, unterstützt von der Sozialdemokratischen Partei, eine großzügige Aktion eingeleitet, die das Ziel hat, den Erwerbslosen durch Erhöhung und Verlängerung der Unterstützungssätze bzw. der Bezugsdauer der Erwerbslosenfürsorge und durch Einreihung in die Produktion tatkräftig zu helfen und gleichzeitig das Ueberstundenwesen zu beseitigen und den Achtstundentag überall wieder herzustellen.

Diese Aktion hat schon greifbare Resultate gezeitigt. Es ist den Gewerkschaften mit Hilfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelungen, die Unterstützungssätze um 10 und 15 Proz. zu erhöhen und die Bezugsdauer zu verlängern. Auch die Aktion zur Wiederherstellung des Achtstundentages nimmt einen erfreulichen Fortgang.

Obwohl die Unternehmer sich hartnäckig der Wiederherstellung des reinen Achtstundentages widersetzen, kann man doch sagen, daß deren Argumente heute nicht mehr verfangen. Die Öffentlichkeit nimmt mit wachsender Sympathie für die Forderung der Gewerkschaften Stellung. Es ist den freien Gewerkschaften gelungen, in dieser Frage eine Einheitsfront der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aller Richtungen herbeizuführen. Die Regierung, die anfänglich auf das Arbeitschutzgesetz verwies und eine Vorwegnahme der Regelung der Arbeitszeit ablehnte, hat nunmehr den Gewerkschaftsvertretern gegenüber erklärt, daß sie zu der Frage eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages jetzt Stellung nehmen werde.

Gleichzeitig mit diesem Druck auf die gesetzgebenden Körperschaften und die Reichsregierung führen die Gewerkschaften eine direkte Kampagne, um den Mißbrauch mit den Ueberstunden zu beseitigen. Sowohl im Ruhrbergbau wie im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, wo sich die Ueberstunden zu einem sozialen Verhängnis und zu einem wirtschaftlichen Skandal ausgewachsen haben, hat der Bergarbeiterverband jetzt eine energische Aktion unternommen, die, wie wir gestern bereits meldeten, im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zu dem Beschluß geführt hat, das Mehrarbeitszeitabkommen, das den Arbeitern durch verbindlichen Schiedsspruch aufgezwungen worden ist, zu kündigen.

Wenn es der SPD. wirklich nur im geringsten ernst wäre um die Vertretung der Interessen der Arbeiter, so würde sie diese Aktion der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei unterstützen. Statt dessen bemüht sich die „Rote Fahne“, die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf das Unfähigste zu beschimpfen und zwar gerade weil diese den Kampf für den Achtstundentag führen. Die SPD. kann nichts anderes tun, als hinter dem Wogen der Gewerkschaften und der SPD. feindsd einherlaufen. Daraus kann aber auch jeder ersehen, wer den Kampf für die Arbeiterschaft führt.

Generalversammlung der Maschinisten und Heizer.

Die Generalversammlung der Geschäftsstelle Berlin des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer am Sonntag im Gewerkschaftshaus war die erste, die aus Delegierten gebildet war. Die Mitglieder haben sich lange gegen die Einführung des Delegiertenstimmensystems getraut, aber schon diese erste Vertreterversammlung hat auch die Gegner überzeugt, daß so am besten gezielte Gewerkschaftsarbeit geleistet werden kann. Nur die Dauer der Versammlung war noch zu lang. Die siebenstündige Debatte wurde trotzdem sehr sachlich geführt und zeitige große Einmütigkeit in den Beschlüssen.

Den Geschäftsbericht erstattete Reinefeld, der zunächst über die Lohnbewegungen in den verschiedenen Branchen und Industrien berichtete. Die Bewegungen wurden alle erfolgreich durchgeführt. Redner ging dann auf die letzte Tagung der Verbandssitzungen Ende Oktober in Dresden ein. Dort wurden auch die Verschmelzungsbestrebungen behandelt und die Stellungnahme der Konferenz in einer Entschließung zusammengefaßt, die besagt, daß die Konferenz grundsätzlich damit einverstanden ist, daß die ausgenommenen Verhandlungen mit dem Deutschen Verkehrsbund, dem Einheitsverband der Eisenbahner und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter weiter geführt werden sollen, und als Ergebnis der Verhandlungen wird erwartet, daß die Eigenart unseres Berufes und der Berufsinteressen, der bisher gepflegten Tarifpolitik und der Berufsbildungseinrichtungen in allen ihren Teilen im Rahmen der „Vereinigten Verbände“ erhalten bleiben. Es muß sofort getroffen werden, daß in der Großorganisation die organisatorischen Einrichtungen unseres

Verbandes entsprechend der Bedeutung unseres Berufes zur Geltung kommen, und die sozialen Einrichtungen der Mitglieder erhalten bleiben. Keine Berufsgruppe unseres Verbandes darf gegen ihren Willen von den Vereinigten Verbänden preisgegeben werden. Die Geschlossenheit der in unserem Verband organisierten Berufskollegen muß erhalten bleiben.

Die Verbandsinstanzen haben einstimmig die Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung beschlossen. Die dazu notwendige Statutenänderung, die durch Urabstimmung sanktioniert werden muß, lag der Generalversammlung gedruckt vor. Invaliden- und Altersunterstützung soll in Höhe von 5 bis 10 M. pro Woche gewährt werden bei einer Beitragsdauer von 10 Wochen 5 M., von 25 Wochen 7 M., von 52 Wochen 10 M., von 104 Wochen 15 M., von 312 Wochen 20 M. und von 520 Wochen 30 M.

Vorstandssitzung des IGB.

(IGB.) Auf der am 4. und 5. November in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes waren anwesend: der Vorsitzende Purcell, der Bizepräsident Jouhaux, Mertens und Leipart und die Sekretäre Dubegge und Sassenbach.

Vom Tode des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes Robert Ditzmann, der gleichzeitig als Vertreter der Internationalen Berufssekretariate stellvertretendes Ausführglied war, wurde mit tiefem Bedauern Kenntnis genommen.

Den Beschlüssen des Internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees wurde mit geringen Änderungen zugestimmt.

Von der vorgeschlagenen Verteilung der Referate auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress 1927 wurde Kenntnis genommen; die endgültige Entscheidung soll erst in der nächsten Vorstandssitzung getroffen werden. — Der Finanzvoranschlag für 1927, der der nächsten Ausführsitzung zur Genehmigung zu unterbreiten ist, wurde festgestellt. Bei dieser Gelegenheit fand eine eingehende Besprechung der finanziellen Lage des IGB. statt.

Bezüglich der künftigen Tagungen des Ausschusses soll diesem eine andere satzungsmäßig festzulegende Regelung unterbreitet werden. Mit dem Sekretär Smit des Internationalen Bundes der Privatangestellten fand eine längere Aussprache über die Beziehungen zwischen den Berufsorganisationen der Arbeiter und der Angestellten statt, ferner über eine bessere Vertretung der Angestellten in der internationalen Gewerkschaftsbewegung und beim Internationalen Arbeitsamt. Diese Frage ist bereits als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Gewerkschaftskongresses gesetzt.

Die bisher vierteljährlich erscheinende „Internationale Gewerkschaftsbewegung“ soll ab 1. Januar 1927 in veränderter Form monatlich herausgebracht werden. An Stelle der internationalen gewerkschaftlichen Komitees für Jugendfragen und für Arbeiterbildung soll ein gemeinsames Internationales gewerkschaftliches Komitee für Jugend- und Bildungsfragen eingesetzt werden. Mit einem Vertreter der internationalen Gewerkschaftszentrale fand eine eingehende Aussprache über die Lage der Arbeiterschaft in Italien statt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geiger; Wirtschaft: Werner Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: Reiber, Calson; Auslieferung: R. S. Döhrer; Lokales und Sonstiges: Erik Harbätt; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornemann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlagsanstalt und Verlagsbuchhandlung Paul Cramer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bekanntmachung.

Dienstag, 30. Novbr., abends 7 Uhr findet in Gaverlands Festhölle, Neue Friedrichstraße 25, Eingang Kochstraße, die **ordentliche Ausschusssitzung** statt, zu welcher hiermit eingeladen wird. Tagesordnung:

1. Wahl des Rechnungsprüfers zur Prüfung der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1925 gemäß § 91 der Statutenfassung.
2. Beratung und Beschlußfassung über den vom Verwaltungsrat einzureichenden Beschlusses für das Geschäftsjahr 1927.

Eintrittskasse für das Neuwahlverfahren zu Berlin. Der Vorstand Hermann Krüger, Vorsitzender, R. Freund, Schriftführer.

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verb. 902, Hauptbetriebe Berlin N. 21, Elsässer Str. 86-88 Fernsprecher: Norden 6523, 6526
 Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4, Tel.: Platzburg 9531
 Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telefon: Königstadt 560
 Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
 Ausführg. sämtl. Reparaturen
 Preiswerte, gediegene Arbeit

Zur Aufklärung!

Wir geben hiermit bekannt, daß wir uns entschlossen haben

Damen- und Mädchen-Konfektion

auch gegen

erleichterte Zahlungsbedingungen

abzugeben.

Anzahlung und Abzahlungen nach Vereinbarung!

Um Irrtümern vorzubeugen, erklären wir, daß wir diese Vorteile nur wegen der augenblicklichen Wirtschaftslage einräumen. Wir sind also kein Abzahlungsgeschäft in dem üblichen Sinne, lehnen vielmehr eine Gleichstellung hiermit ausdrücklich ab!

Unsere seit über 30 Jahren eingeführten Fabrikate — wir fabrizieren selbst in eigenen Werkstätten — bürgen für modische Eleganz und bieten volle Garantie für Verarbeitung bester Stoffe.



Eleg. Mantel
nur **24.-**



Seal-Plüsch-Mantel
nur **49.-**

Oskar Wollburg
 BERLIN N. BRUNNENSTR. 56 u. 57

Überzeugen Sie sich selbst!

Unsere Extrapreise

Woll-Kleid aus gutem Rip- Popeline in modernen Farben mit reicher Goldstickerei	1375	Hemdboinkleid mit Stickerei-Garnierung, sehr halt- bare Qualität	145	Pullover-Stoffe Strickstoffmyster in neuesten Farbentellungen	95 Pf.	Hemdtuch 60 cm breit, mittelfädig	38 Pf.
Velour-Mantel fesche ju- gendliche Gürtel-Form, seitliche Fallengruppe u. voll. Biberstetkr.	1975	Nachthemd Kimonoform mit breiter Mäkerel- Garnierung	195	Jacquard Kunstseide modernes, in sich gemustertes Gewebe	95 Pf.	Stubenhandtücher extra schwerer Halbseinen-Drell Stück	78 Pf.
Samt-Hüte modernste Verarbeitung in schönen Farben	295	Mädchen-Taghemd von 1-4 Jahren, aus gutem Renforcé	50 Pf.	Mantel-Flausch reine Wolle, 130 cm breit	195	Künstler-Decken hässliche Blumenmuster Stück	95 Pf.
Filz-Hüte nur moderne Formen mit netter Bandgarnitur	370	Frottiertuch Größe 50/100, gute Qualität in weiß oder gestreift	75 Pf.	Japon reine Seide 90 cm breit, in allen Farben, für Lampenschirme	345	Bettücher aus kräftigem Wäschestoff, volle Größe Stück	195
Wilhelm Joseph		Badelaken Gr. 140/180, schwe- rer Frottiertuch in schönen, lebhaften Farben	590	Köper-Samt floral, 70 cm breit, schwarz und farbig	445	Deckbett mit 2 Kissen aus haltbarem Wäschestoff, zum Knöpfen	575
Schöneberg, Hauptstr. 163		Oberhemd mit 2 Kragen aus La Perle, gefüllte Fallengruppe	495	Herrn-Taschen- tücher, weiß Linon und mit Kanar.	20 Pf.	Künstler-Garnitur Tüll, Flügel und Behang mit Volants	580
		Oberhemd aus Trikolin mit Kragen, neue Mode- farben	975	Damen-Taschentücher la Moko mit Hochsaum 1/2, Datsum	110	Stoppdecke Handarbeit, doppelseitig Satin	1650